

---

## Antrittsrede zur Bürgermeisterwahl

am 6. Juni 1990 im Kinosaal der alten "KLAUSE" zu Hohen Neuendorf durch den neu gewählten Bürgermeister Günter Siebert (SPD)

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger von Hohen Neuendorf !



Unter ihnen begrüße ich als Volkskammerabgeordneten und Staatsekretär Herrn Thomas Schmidt, unseren neuen Landrat im Kreis Oranienburg Herrn Karl-Heinz Schröter, sie, verehrte Abgeordnete und nicht zuletzt unsere Gäste und Freunde, so erlaube ich mir sie heute zu nennen, aus dem angrenzenden Bezirk Reinickendorf und aus Partnerkreisen.

Letztere, die uns auf Verwaltungs- oder Parteiebene das Laufen beibrachten und wir sie nun gewissermaßen aus "Dank" dafür weiter in Trab halten.

Wir wissen, daß Hohen Neuendorf neben dem Stadtbezirk Pankow, eine von weiteren 15 angrenzenden Gemeinden ist, die ihre Hilfe in Anspruch nehmen.

Dafür nehmen sie bitte auch für alle Nichtanwesenden den herzlichen Dank der hier Versammelten entgegen. Der Dank aller Abgeordneten geht gleichermaßen an sie, liebe hier anwesenden Wähler, für ihr Vertrauen in uns.

Mein persönlicher Dank an sie, verehrte Abgeordnete, für ihren Vertrauensbeweis an meine Person im Amt. Ein Amt, um das mich sicher nur wenige beneiden.

Als wohl ältester gewählter Bürgermeister im Kreis Oranienburg glauben sie mir sicher, daß ich dieses Amt nicht anstrebte. Ich wollte mich, wie auch hier viele der anwesenden Mitstreiter unter den Abgeordneten, nur einbringen in den demokratischen Erneuerungsprozeß, der schon entscheidend auf den Weg gebracht war.

"Ein bißchen wenig Sachkompetenz", meinte freundlich lächelnd ein besorgter, langjähriger Bekannter zu mir, nachdem er die gewählten Kandidaten für das Gemeindeparlament in den Schaukästen des Ortes entdeckt hatte.

In meiner Erinnerung klangen noch die Worte meiner ersten Direktorin im Juli 1946 bei meiner Vorstellung an der Hohen Neuendorfer Volksschule nach: "Ein bißchen jung als Lehrer, was? (Ich war 19 Jahre) Na, wir werden es einmal mit ihnen versuchen!" Der Versuch hat sich gelohnt, meine ich.

Daraus schöpfe ich Motivation und Selbstvertrauen, so einen Versuch als neue Herausforderung zum Wohle meines Geburtsortes anzugehen. Wohl wissend, welche Verantwortung auf mir und unserm gewählten Parlament ruht.

Es war letztendlich ihr stimmenmäßig großer Vertrauensbeweis, der mich in die Pflicht nahm und nach 48 Stunden zu meiner freien Entscheidung führte. Mitgetragen von meiner Familie, die für mich gleichermaßen Wurzel und Halt bedeutet. So geht auch meine Anerkennung und mein Dank für den hier "unsichtbar mit am Tisch sitzenden" Ehepartner.

Ein Bürgermeister kann nur so gut sein, wie seine Gemeindevertretung und seine Gemeindeglieder, aber umgekehrt ist es genauso richtig: Eine Gemeinde ist nur so gut wie ihre Vertretung und der Bürgermeister. Diesem Anspruch wollen wir uns mit ganzer Kraft stellen.

Doch nicht zuletzt appelliere ich an den mir in den letzten Tagen von Bürgern schon wiederholt gezeigten Willen zur Mitarbeit. Ich werde sie brauchen in Ausschüssen, als Deputierte oder Sachverständige, bei Ideenfindung, ja, auch als Mutmacher in schweren Zeiten. Schon bald als Helfer bei der Währungsumstellung!

Nutzen wir diese historische Chance einer demokratischen Selbstverwaltung, sicher mit Ecken und Kanten; aber von allen ungeeigneten politischen Systemen ist die Demokratie die wohl am wenigsten Ungeeignete! (frei nach Winston Churchill)

Sollten wir einmal "taub" geworden sein, steht ihnen das Recht zum Antrag eines Bürgerbegehrens mit der Herbeiführung eines Bürgerentscheides zu, wenn dies von 10% der Wahlberechtigten des Ortes durch Unterschrift gewünscht wird. Näheres erklärt dazu der § 18 der Kommunalverfassung.

Gehen sie bitte nicht davon aus, daß alle in den Schubfächern für uns aufgehobenen alten Probleme sofort einer gewünschten Entscheidung zugeführt werden können. Wir müssen hier aus der Sicht der Gemeindeentwicklung, der Finanzierbarkeit und einer Beschäftigungsmöglichkeit wichten.

§ 27 der KV sagt zum Amt des Bürgermeisters:

"Als Vertreter der Gemeinde bereitet er Beschlüsse für die Gemeindevertretung vor und hat deren Durchführung zu gewährleisten. Nur in Fällen äußerster Dringlichkeit kann er selbst Entscheidungen treffen, die nachträglich vom Parlament zu bestätigen sind. Dies betrifft auch Grundsätze der Personalpolitik, die im Parlament getroffen werden."

Meine Aussage, das Bürgermeisteramt "als eines zum Anfassen" zu führen, soll meine Gesprächsbereitschaft, mein Augen-und Ohrenoffenhalten deutlich machen. Ich weise aber nachdrücklich darauf hin, daß mir zuständigkeitsbedingte und zeitliche Grenzen gesetzt sind.

Ich bitte sie sehr, meinen absoluten Privatbereich in Wohnung und Garten zu respektieren. Auch ich brauche Zeit für körperliche und geistige Reaktivierung, bei einer sich im Vorfeld abzeichnenden 60-stündigen Wochenarbeitszeit. Es besteht immer die Möglichkeit einer Terminabsprache im Rathaus, wie auch die einer schriftlichen Mitteilung.

Zuständigkeitserhoffte zivilrechtliche Regelungen gehören nicht zum Amt des Bürgermeisters.

An dieser Stelle ist ein Wort zur Gemeindeparlamentsarbeit erforderlich. In einem Artikel der Zeitung "Generalanzeiger" ist durch einen Redakteur über meine Ansicht zu meiner zukünftigen parlamentarischen Arbeit geschrieben worden. Dabei ist es zu einer mißverständlichen Auslegungsmöglichkeit eines Textteiles gekommen:

Ich zitiere: " So sollen in die Verantwortung für Hohen Neuendorf alle Abgeordneten mit Ausnahme der 3 PDS- und des einen DSU-Vertreters einbezogen werden " (Ende des Zitats)

Dieses so Formulierte entspricht nicht unserm hiesigen Sprachverständnis und auch nicht meiner Absicht. Sie widerspricht eigentlich meinen sonst im Artikel richtig dargestellten Grundaussagen, ist aber eine in der Bundesrepublik (BRD) politisch übliche Formulierung, so weit sie Koalitionen betrifft.

Es widerspräche dem Grundprinzip einer Demokratie, einen gewählten Mandatsträger von seiner verantwortungsbewußten Mitarbeit auszuschließen. In meinem Gespräch mit der Zeitung wurde von mir (SPD) geäußert, daß in politikbestimmenden Absprachen der Koalition alle Parteien und politischen Gruppierungen( Koalition von SPD - CDU - LDP - ev.Kirche) außer PDS und DSU einbezogen werden.

Die Übernahme einer politischen Mitverantwortung für die Geschicke unserer Gemeinde in Beratungen oder Ausschüssen durch deren Mandatsträger wird durch mich nicht infrage gestellt.

Die im Artikel getroffene Aussage (ich zitiere): "Eine parteipolitische Linie will er nicht fahren!" (Ende des Zitats) ist von mir auch so gemeint. Die Absicht der Einbeziehung von "nicht zum Zuge gekommenen Kandidaten" in die aktive Mitarbeit soll an dieser Stelle nochmals nachdrücklich betont werden.

Ich habe Verständnis für den sofort nach Erscheinen des Blattes bei mir vorgetragenen Unmut durch den Vorsitzenden der DSU unseres Ortes und hoffe, durch meine klärenden Worte den Weg zu einer guten, sachlichen Arbeit im Gemeindeparlament freigehalten zu haben, Vielleicht erkennt der hier anwesende Journalist und auch sie, liebe Bürger, wie durch kleine Ursachen in unserer ungeübten, beginnenden Demokratie sicher ungewollt eine im Ort vorhandene gute Arbeitsatmosphäre des Parlamentes gestört werden kann. Oder sollte für weiteres Leseinteresse in der Zeitung für neue Leser etwas ein bißchen in Bewegung gebracht werden ? Eine direkte Kontaktnahme ist immer besser und schließt Irritationen aus.

Ich hätte jedenfalls die zur Abfassung dieser Zeilen und für das Gespräch dazu benötigte Zeit zum intensiveren Studium in meinem Grundlagenwerk "Gesetz über die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise in der (noch) DDR" (KV) aus dem Gesetzblatt 28 lieber genutzt.

### **Zu den Koalitionsgesprächen**

Sie wurden vom Fraktionsvorsitzenden der SPD, dem Abgeordneten Dr. Kunke am 26. und 28. Mai 1990 geführt. Für diese Arbeit möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Dabei kam es bei den Beteiligten von SPD, CDU, NF (neues Forum), ev.Kirche und dem Bund Freier Demokraten, unterschriftlich bestätigt, in Auszügen zu folgenden Festlegungen und Absprachen, die Grundlage der parlamentarischen Arbeit der vierjährigen Legislaturperiode sein sollen:

1. Zum Verhaltensprinzip
  - Bildung von Ausschüssen
  - ständige Öffentlichkeitsarbeit
  - jährliche Rechenschaftslegung der Mandatsträger und des Bürgermeisters
2. Zur Organisation
  - Gemeinsame Standpunkterarbeitung in der Koalition zu den anstehenden Problemen
3. Zur Ausschußarbeit
  - Die Koalition erarbeitet entsprechend der Fraktionsstärken das zahlenmäßige Verhältnis in den Ausschüssen.
4. Zu inhaltlichen Vereinbarungen
  - 4.1 Betriebliche Entwicklungen:
    - Durchsetzung von Gewerbefreiheit und Gewerbeförderung unter Berücksichtigung ökologischer Verträglichkeit und Arbeitsplatzschaffung. Eine unbekannte Größe, die wir mit hohem Verantwortungsbewußtsein im Auge behalten wollen!  
Hinweis : Ein Aushang der im Ort ansässigen Gewerbe ist bereits veranlaßt.
    - Unternehmen für Versorgung, Dienstleistung, Gastronomie, Freizeit und

Erholung sind vorrangig zu fördern.

- Die Ansiedlung von industriellen Gewerben erfolgt entsprechend dem zu erarbeitenden Bebauungsplan auf den dafür vorgesehenen Flächen.
- Die Schließung der Galvanik vom Betrieb TuR erfolgt nur auf der Basis eines gutachterlichen Schädigungsnachweises und nicht erfüllbarer Auflagen. Gegebenenfalls auch unter Beachtung eines Gegengutachtens.
- Die Umsiedlung des Betriebes "Betonelemente" aus dem Wohngebiet in der Berliner /Albert/ Friedrichstraße wird sofort betrieben.

#### 4.2 Zur Vergabe von Grundstücken

- Für den Erwerb von Gemeindeland wird nach einer Reihenfolge entschieden. Sie wird bestimmt durch vorherigen Grundstücksverlust, Ansässigkeit im Ort, Gewerbeöffnung im Ort durch DDR- und BRD-Bürger.
- Zweitgrundstücke, die nicht miteinander verbunden sind, werden nur verpachtet.
- Gewerbeflächen werden nach den Kriterien der ökologischen Verträglichkeit und der Anzahl der zu schaffenden Arbeitsplätze vergeben. Die Erbpacht soll dem Verkauf vorgezogen werden. Bei Veräußerungen von Gewerbeflächen wird ein Vorkaufsrecht der Gemeinde gesichert.

#### 4.3 Zur Ortsgestaltung

- Auch zur Freude einer Frohnauer Bürgerinitiative von B 96-Anliegern gilt als Prinzip: HN wird vorrangig eine fußgänger- und fahrradfreundliche Gemeinde. Dazu werden Schwerpunkte vereinbart:
- Eröffnung einer Fahrradaufbewahrung und- ausleihe am Bahnhof
- Aufstellen einheitlicher Fahrradständer, vorrangig am Bahnhof und vor Geschäften.
- Aufstellen von Ampelanlagen im Kreuzungsbereich "Alter Dorfkrug" und am Bahnhof.
- Umgestaltungsbeginn der Leninstraße in eine Fußgängerzone durch eine Umgehungsstraße.
- Vorrangige Instandsetzung der Fußwege, die vielfach durch verkehrswidriges Befahren mit Schwerlasten zerstört sind.
- Schaffung von Parkmöglichkeiten im Gebiet der Triftstraße (Wildbergplatz)
- Umgestaltung der Kohlenhandlungen in der Karl-Marx-Straße und der Eichenallee.
- Rekonstruktion der Straßenbeschilderung und Verbesserung der verkehrsleitenden Hinweisschilder.
- Rekonstruktion der Ver- und Entsorgung bei Wasser, Abwasser, Elektroenergie, Gasversorgung und Abfallbeseitigung.

#### 4.4 Zur Umwelt

Ein Gedanke sei hier für den heutigen Weltumwelttag erübrigt. Dazu las ich unlängst den nachdenkenswerten Satz: *Die Natur verabschiedet sich leise!*

Hier folgen wir dem Wahlversprechen eines zu schaffenden Umweltamtes im Ort.

#### 4.5 Struktur im Rathaus

Die meisten der zur Zeit bestehenden Abteilungen in der Gemeinde werden zukünftig 6 Ämtern mit Amtsleitern zugeordnet. Für unsern Ort werden es

Verwaltung,  
Finanzen,  
Wirtschaft und Verkehr,  
Bau - und Wohnungswirtschaft,  
Soziales, Familie, Jugend, Kultur und Sport,  
und Umwelt.

Bau und Wirtschaft sind z.Zt. noch vakant und sind für eine fachgerechte Besetzung ausgeschrieben, um auch im Interesse der Bürger den struktur- und entwicklungsbestimmenden Teil der Ortsentwicklung zu sichern. Über personelle Besetzungen wird generell im Parlament mehrheitlich entschieden.

Mit der Einrichtung eines Umweltamtes kommen wir einem Wahlversprechen nach und wollen hier vorrangig die wertvollen Gedanken der GNU (Umweltpartei) einbringen. Wir sind im Umkreis die einzige Gemeinde, die so ein Amt schafft. In Absprachen mit Bürgermeistern "Umland Nord" machen wir vom Recht der Vereinigung von Gemeinden für dieses Amt Gebrauch (§ 7 der GV).

Der Amtsleiter wird auch überregionale Interessen wahrnehmen und zwischen den Gemeinden koordinieren. Der Amtsleiter ist somit auch anderen betroffenen Gemeinden gegenüber auskunfts- und rechenschaftspflichtig.

Im Umweltbereich wurden folgende Koalitionsvereinbarungen abgesprochen:

- Sofortige Schließung wilder Mülldeponien
- Sanierung der Biotope Rotpfuhl, Hirschfenn, Teerofenpfuhl und Havelwiesen,
- Sicherung und Erfassung von Sekundärrohstoffen,
- Schaffung von Möglichkeiten zur Lagerung, Beseitigung oder Verwertung von Siedlungsabfällen.

Sorge bereitet mir auch die arbeitsfähige Unterbringung einer Selbstverwaltung mit intensivierten und aufgabenerweiterten Ressorts. Es ist perspektivisch nicht tragbar für uns, eine gesamt Etage im Rathaus an das Polizeiamt Oranienburg zu vermieten, zumal sich deren Strukturen auch verändern werden.

Hier ist von mir eine einvernehmliche Regelung mit dem Kreistag und dem anwesenden Landrat anzustreben.

Zusätzlich mußte jetzt noch die Bibliothek in einem Raum des Rathauses aufgenommen werden.

#### 4.6 Zur Frage von Bildungseinrichtungen

- Es besteht die Forderung nach ideologiefreier Schule mit vielfältigen Kursangeboten.
- Aufbau einer leistungsstarken Abiturstufe in Hohen Neuendorf
- Sicherung von Krippen, Kindergärten und einem Schulhort. Letzterer soll von Schulgebäuden getrennt in einem gesonderten Gebäude bei voller

Auslastung untergebracht werden (in der Käthe-Kollwitz-Straße)

#### 4.7 Zur Kranken - und Altersversorgung

- Die Rolle des Krankenhauses in HN als Versorgungseinrichtung ist zu klären.
- Schaffung eines Versorgungs- und Betreuungssystems für ältere Bürger, damit sie weitgehend bei eigenem Wunsch in ihrer vertrauten, wohnlichen Umgebung bleiben können ( Möglichkeit von Beschäftigungsangeboten und für Zivildienstleistende)
- Unterstützung der Niederlassung freier Ärzte zur Verbesserung medizinischer Betreuung.
- Untersuchung des Standes der Projektbearbeitung "altersgerechtes Wohnen" in der Mittelstraße.

#### 4.8 Zur Erholung, Freizeit, Sport und Kultur

- Schaffung eines Jugendfreizeitzentrums
- Unterstützung des Klub- und Vereinslebens im Ort
- Aus- und Neugestaltung des Sportplatzes Niederheide zu einem Sportzentrum (Projektierung sollte ausgeschrieben werden)

#### 4.9 Bereich Lärchen- und Wacholderweg ("sogenannte Kundschaftersiedlung")

- Abschluß neuer Mietverträge mit neu festgesetzten Mietpreisen.
- Die Mietverträge sind schriftlich so zu fixieren, daß eine illegale Nutzung als Gewerberäume oder erwerbsmäßige Untervermietung verhindert werden.
- Entsprechend gesetzlicher Möglichkeiten ist die Freisetzung der Gebäude zu erreichen, um sie für eine möglichst stille Gewerbenutzung gewinnbringend durch die Gemeinde zu vergeben.
- Lärchenweg Nr. 5 bleibt Eigentum der Gemeinde

#### 4.10 Mandatsträger der ehemaligen Gemeindevertretung

Die mit den Mandatsträgern der vergangenen Legislaturperiode widerrechtlich abgeschlossenen Arbeitsverträge sind aufzuheben. Die Zuordnung verschiedener Aufgabenbereiche für die neuen Ämter wird zu einem späteren Zeitpunkt durch Aushang einer Übersicht im Rathaus veröffentlicht. ( Siehe Anlage )

#### Das Koalitionspapier trägt die Unterschriften von

Herrn	Dr. Kunke	für die Sozialdemokraten (SPD)
Herrn	Zwirner	für die Christlich Demokratische Union (CDU)
Herrn	Härtel	für die Fraktion Neues Forum (NF)
Frau	Dr. Scheibe	für die Fraktion ev.Kirche
Frau	Baumann	für den Bund freier Demokraten - die Liberalen

Mit Freude stelle ich fest, daß im Ort schon jetzt etwas in Bewegung gekommen ist. So stehen schon die ersten Baugerüste für private Sanierungen von Gebäuden. Es sind schon mehr Rinnsteige der Straßen sauberer als früher. Bunte Farben suchen werbewirksamer Blickfang zu sein. Neben der Buntheit sollte aber hier eine gewisse Farbharmonie im Umkreis gewahrt werden.

Als ich im Mai nach fast 30 jähriger Abstinenz von meinem ersten Wochenurlaub aus der BRD wieder in meinen Heimatort kam, wurde mir schmerzlich bewußt, welches Bild sich einem Besucher von unserm Ort darstellt. Ein Bild, an das wir uns schon fast resignierend gewöhnt haben.

Ich bitte alle Bürger, die ihrem Ort die Treue hielten oder hier neue Wurzeln schlugen:

Bringen sie durch eigenes vorbildliches Tun ihren Willen für den Neubeginn zum Ausdruck, ob Eigentümer oder Mieter kommunaler Häuser. Lassen sie unser örtliches Erscheinungsbild zum ersten, prüfbaren Maßstab der Ernsthaftigkeit unseres Veränderungswillens werden !  
Wir wollen von der Kommune das Unsere dazu beitragen.

Nun wird es immer wieder Menschen geben, die nicht das rechte Gefühl zum Ordnungssinn entwickeln, davon zeugen z.B. mehrjährige Ablagerungen vor den Grundstücken, die nicht nur dem Ordnungssinn widersprechen, sondern in vielen Fällen auch Gefahrenmomente bedeuten.

Deshalb zunächst, hier und heute, eine ernsthafte Anmahnung an die Adresse dieser Säumigen zur Beseitigung dieses Zustandes.

§ 5 der KV ( Kommunalverfassung) räumt den Gemeinden ein Satzungsrecht ein. Dazu wird in der Gemeindevertretung eine Hauptsatzung erlassen, veröffentlicht und der Rechtsaufsichtsbehörde mitgeteilt. Hierin können vorsätzliche oder fahrlässige Zuwiderhandlungen gegen Gebote und Verbote mit Ordnungsstrafen oder -geld bedroht werden. Die Straf - und Ordnungsgelder fließen zukünftig in die Gemeindekassen und unsere Kassen sind fast leer. § 4 der KV legt die Regelung der Finanzwirtschaft in eigener Verantwortung der Gemeinden fest.

Jeder ordnungsbewußte Bürger hat ein Recht darauf, daß diese Ordnung mit Nachdruck gefordert und mit Nachdruck realisiert wird.

Alle zur Erfüllung der Gemeinde-Aufgaben nötigen Geldmittel sind aus eigenen Einnahmen aufzubringen. Die Gemeinde ist berechtigt, Steuern, Abgaben, Entgelte und Gebühren nach Maßgabe der Gesetze zu erheben. Dabei können die Hebesätze zwischen den Gemeinden unterschiedlich hoch beschlossen sein.

Da jede Gemeindevertreter-sitzung öffentlich ist, wird weiteres Bedürfnis nach Informationen so noch häufig befriedigt werden können.

Ich beschließe meine erste Ansprache mit einer Antwort des von mir hochverehrten Sozialdemokraten der ersten Stunde Pfarrer Schorlemmer aus der Lutherstadt Wittenberg mit der Antwort auf eine ihm gestellte Frage :

"Was ist für sie die Heimat?"

**" Da, wo ich verstanden werde und wo ich auch verstehe ! "**

Ich möchte durch meinen Mut zum Vertrauen in die Zukunft auch ihnen Mut machen in diesen Tagen - ich hoffe, diese Botschaft kommt an.

Es gibt jetzt viel zu tun, packen wir es an!

gez. Günter Siebert  
( Bürgermeister )

# Ämterstruktur

der Gemeindeverwaltung Hohen Neuendorf nach Neuwahlen ab 1990  
(abgestimmt in der Koalition)

## **Bürgermeisteramt**

- Personalfragen
- allgemeine Verwaltung
- Medien und Öffentlichkeitsarbeit
- Standesamt und Meldewesen
- Rechnungsprüfung

## **Finanzwesen**

- Haushalt
- Steuern
- Sozialausgaben
- Liegenschaften
- Ordnungsgebührenerhebung

## **Bau- und Wohnungswesen**

- Immobilienverwaltung
- Flächennutzung
- Wohnungsverwaltung
- Baugenehmigungen
- Bauaufsicht

## **Wirtschaft und Verkehr**

- Gewerbe (Förderung und Aufsicht)
- Handel (Vorschriften und Satzungen der GV)
- Örtliche Versorgungswirtschaft
- ortsansässige Betriebe u. Ansiedlung neuer
- Verkehrsbelange

## **Soziales**

- Familie (Arbeitsamt - Altershilfe- Jugendhilfe- und Gleichstellung in Frauenfragen)
- Bildung und Kultur
- Gesundheit und Sport

## **Umwelt**

- Gemeinde- und Landschaftsgestaltung
- Entsorgung
- Koordinierung im Bereich "Umland Nord "
- Vetorecht in Umweltfragen

gez Günter Siebert  
(Bürgermeister)



# 1. Versammlung der etwa 140 Angestellten der Gemeindeverwaltung, 2 Tage nach Amtsantritt am 07.Juni 1990 im Rathausaal

## Meine persönliche Vorstellung:

### 1. persönliche Daten

- 63 Jahre - Steinbock (für Horoskopabhängige)
- 38 Jahre mit gleicher Frau verheiratet
- evangelisch
- war immer Mitglied der Kirchengemeinde
- 2 verheiratete Töchter ( im Ort und Berlin wohnend )
- 3 Enkel
- 1946 als Neulehrer in HN begonnen, 32 Jahre an hiesiger Schule und 12 Jahre in Bergfelde .
- Motiv für Amtsübernahme: Vom Wählervotum in die Pflicht genommen.



### 2. Selbsteinschätzung (wie ich mich sehe)

- ich stelle keine Anforderungen, die ich nicht selbst zu leisten bereit bin.
- ich strebe nach optimaler Pflichterfüllung und werte danach Menschen.
- ich bemühe mich um objektive Bewertung mit mitunter für mich nachteilig, überschätztem Gerechtigkeitssinn.
- ich gehe auf Menschen zu, liebe aber keine plumpen Vertraulichkeiten.
- ich liebe geistvollen Humor, setze ihn selbst gern ein, mitunter an unpassender Stelle.
- Mein Ordnungssinn ist nicht optimal entwickelt, ist erst durch meine Frau auf ein bestimmtes Niveau gebracht worden.
- ich liebe aber Ordnung und vor allem Pünktlichkeit für rationelles Arbeiten.
- in der Regel bleibt von mir immer etwas liegen. Bevorzugt Brille, Schlüsselbund Aktentasche. Häufigste Frage : " Wo ist ....?"
- ich bin sensibel, es besteht mitunter die Gefahr einer Überreaktion. Ich suche dann den Ausgleich, scheue nicht die Entschuldigung und bin nicht nachtragend. Alles bei gleichem Entgegenkommen.
- ich reagiere stärker emotional als rational, bin ungeduldig bei Begriffsstutzigkeit, reagiere kühl auf Überheblichkeit.
- Meine Redseligkeit ist stark ausgeprägt, kürzer wäre oft wirksamer. (Bitte klopfen, wenn verstanden !)
- ich glaube unterscheiden zu können zwischen Hinweis - Beratung Überredung - Einflüsterung - und Hörigkeit.

### 3. Meine moralischen Zielstellungen im Amt sollen sein: Akzeptanz - Toleranz - Kompromißfähigkeit.

### 4. Meine arbeitsmethodischen Zielstellungen sind: Konsequenz (notfalls Härte) in der Durchsetzung der vom Parlament

gefaßten Beschlüsse.

Ich darf ihnen auch sagen, daß ich mit der überwiegenden Mehrheit der vor der Wende im Rathaus beschäftigten Angestellten im Umgang miteinander keine schlechten Erfahrungen gemacht habe.

Insgesamt denke ich: "Ein Leiter, mit dem es sich arbeiten und leben läßt".

### **Zur Verwaltungsstruktur und personeller Besetzung im Rathaus.**

Oberstes Beschlußorgan ist die gewählte Gemeindevertretung. Sie entscheidet mit über Amtsbereiche, auch Besetzungen, Einstellungen und Entlassungen.

Jede Gemeinde kann andere Strukturen aufweisen, andere zahlenmäßig personelle Besetzungen und andere Unterstellungsverhältnisse.

Der Aufbau der Verwaltung wird bestimmt durch Finanzierbarkeit, Sachkompetenz und Flexibilität der Mitarbeiter, sowie durch vorherrschende, dringliche Aufgabenbereiche.

Eine Besonderheit unserer KV besteht darin, daß die beiden Säulen, die politische und die Verwaltungssäule, nicht wie in vielen Bundesländern getrennt sind.

Das heißt: Auch gewählte Abgeordnete können in der Verwaltung tätig sein. ( als Amtsleiter - Beigeordneter )

So sind auch bei uns im Rathaus Bürgermeister und drei weitere Ämter durch Abgeordnete als Amtsleiter besetzt. (Finanzen, Sozialamt und Umweltamt)

Die Umstruktuiierung ist nicht nur eine Neuordnung von Zuständigkeiten einzelner Mitarbeiter zu weniger Ämtern, als vielmehr der Aufbau einer selbstverwalteten Kommune mit eigenständigem Satzungsrecht im Rahmen allgemein gültiger Gesetzlichkeit.

So werden auch Beschlüsse über gemeindebezogene Hebesätze, eigene Gebührenordnung sowie selbstbestimmte Entwicklungsrichtungen des Ortes bestimmt.

Damit sind auch erweiterte, veränderte, anders gewichtete Inhalte in den Tätigkeitsbereichen erforderlich (z.B. Steuern).

Daraus abgeleitet ergibt sich eine große Bedeutung der Lernfähigkeit, Lernwilligkeit und Interessiertheit , Flexibilität und Eigenverantwortlichkeit, gepaart mit Sachkompetenz, für die zukünftigen Mitarbeiter des Hauses.

Es gibt keinen Dirigismus mehr von zentraler Stelle einer Partei, aber die Verwaltung muß die politischen Entscheidungen eines aus mehreren politischen Gruppen zusammengesetzten Gemeindeparlamentes umsetzen.

Alle neuen, demokratischen Erfordernisse müssen erlernt und geübt werden, das gilt auch für mich.

Von unserer verantwortungsbewußten, initiativreichen Eigentätigkeit bei der Umsetzung wird die Entwicklung unserer Gemeinde entscheidend abhängen.

Für den Einen war es bisher bequem, sich über große Zeiträume ohne eigenes

Zutun anleiten lassen zu können. Befreiend aber für diejenigen, die bei vorhandener Fähigkeit zu eigenständiger Selbstverwaltung sich nun diesem Anspruch stellen können.

Jeder Mitarbeiter ist jetzt gefordert, durch Einbringen eigener Ideen bei der Umsetzung unseres parlamentarischen Auftrages seinen Tätigkeitsbereich inhaltlich zu ordnen und auszubauen. Kurzum : Die Arbeit auf ein neues Niveau zu bringen !

Aus diesen angeführten Gründen und Überlegungen ist es verständlich, wenn nicht in allen Rathäusern alle Mitarbeiter weiterbeschäftigt werden können. Im nächsten Zeitraum von 4 Wochen werde ich mit jedem Mitarbeiter zur Frage der Weiterbeschäftigung einzeln ein Gespräch führen.

Dies jedoch erst, nachdem ich durch ihn selbst sein bisheriges Arbeitsgebiet nach Umfang, Inhalt und bisher Geleistetem in einer Art Selbstdarstellung am Arbeitsplatz vorgestellt bekommen habe.

Dies mag sich für den Bereich "Standesamt" vielleicht absurd anhören, hat aber für mich einen gleichen Stellenwert.

Vielleicht erkennt der eine oder andere Mitarbeiter auch selbst, in wieweit er den vorgegebenen Kriterien gewachsen und geeignet ist, seine Arbeit die Arbeitszeit ausfüllt, ob er sich den Umstruktierungsaufgaben selbstbildend stellen will.

Wie in der Wirtschaft gibt es auch in unserm Verwaltungsbereich viele Möglichkeiten einer baldigen Steigerung der Arbeitsproduktivität. Dazu gehören nicht nur verwaltungstechnische, räumliche Verbesserungen, auch eine arbeitsorganisatorisch durchdachte Nutzung der vereinbarten Arbeitszeit.

Eigeninitiative ist gefragt, selbst nötige Dinge des eigenen Aufgabenbereiches zu erkennen, den Dingen nicht passiv, sondern aktiv entgegen zu treten.

Nun ein Wort zu der Rechtmäßigkeit des Abschlusses von Arbeitsverträgen mit Mandatsträgern der bisherigen Gemeindevertretung, die im Hause tätig sind. Dies betrifft nach meinem Wissen Frau Nawroth, Frau Katarschinsky, Frau Mohr, Frau Baumann und Herrn Schmidt.

Hier bin ich an die Koalitionsvereinbarung der neuen Gemeindevertretung gebunden, die eine Aufhebung dieser abgeschlossenen Arbeitsverträge festgelegt hat.

Mit meiner Aussage, daß ich nicht mit der Sense in der gesamten Verwaltung vorzugehen gedenke, stehe ich im Wort. Darum lege ich zu späterer Vorlage im Parlament fest:

1. Die Betroffenen müssen sich mit ihrer Entbindung vom früheren Mandat als gekündigt betrachten.
2. Die Betroffenen können mit einer ausführlichen Bewerbung um eine Neueinstellung in der Verwaltung entsprechend der neuen Ämterordnung nachsuchen. Das Parlament entscheidet über die Bewerbung.
3. Diese Entscheidung wird spätestens in 4 Wochen nach heutiger Kündigung getroffen.
4. Alle zur Zeit im Hause tätigen Mitarbeiter werden bis zum Ablauf der Frist weiterbeschäftigt und bezahlt. Die nach der neuen Struktur eventuell ungerechtfertigten Stellenzulagen entfallen.  
(Lohnbuchhaltung erfragen) In einer Anlage gebe ich ihnen die vorgesehene Ämterstruktur bekannt.

- Vom BGM o. Stellvertreter ausgesprochene Tagesbeurlaubungen, Jahresurlaube, Dienstreisen oder ähnlich vorhersehbare Abwesenheit sind vorher einzutragen. **Erste Hinweise und Festlegungen zu Arbeitsweisen und Ordnungsprinzipien aller Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung.**

1. Frau Schwarz als ehemalige Bürgermeisterin wird evtl. für die Abwicklung bestimmter Übergabegeschäfte im Rathaus sein. Sie hat zu Fragen der Gemeindeverwaltung gegenüber allen Mitarbeitern kein Recht für Auskünfte.
2. Sie sind zur Dienstverschwiegenheit über Vorgänge, ihre Tätigkeit betreffend, gegenüber Dritten verpflichtet, soweit dies nicht einen erforderlichen Verwaltungsakt betrifft.  
Es gibt Hinweise, dies besonders nachdrücklich deutlich zu machen.  
Dienstverschwiegenheit ist ein Tätigkeitmerkmal aller Bediensteten. Andererseits ist er gegenüber gewählten Abgeordneten auskunftspflichtig, wenn beim Bürgermeister dazu nachgesucht wurde.
3. Schon immer im Ort lebend, habe ich auch eine Vielzahl privater,, sportlicher oder berufsbezogener Kontakte mit Mitarbeitern des Hauses. Um entsprechend meines abgelegten Amtseides bei keinem Dritten das Gefühl einer besonderen Vertrautheit aufkommen zu lassen, verkehre ich mit allen Mitarbeiter des Hause per "SIE". Dies bedeutet auch gleichzeitig eine gewollte Absetzung gegen bisher Praktiziertes.  
Es gibt eine Ausnahme mit dem Hausmeister Herrn Schildbach . Es wäre widersinnig, mich mit meinem Schulkameraden von 1933 bis 1939 zu siezen.
4. Der Begriff Bediensteter im Amtsdeutsch des KV weist auf eine dienende Tätigkeit hin, zum Wohle der Gemeinde. Darum sind sie verpflichtet, allen antragstellenden Bürgern alle Schritte angemessen und sachbezogen zu erklären, dies in entgegenkommender, höflichem aber konsequenter Haltung, ohne eine Haltung für Ab- oder Zuneigung zur Person erkennen zu lassen.
5. Bis auf weiteres gelten gleiche Arbeitszeitvereinbarungen bezogen auf Beginn, Länge und Ende der Arbeitszeit.
6. Alle Verwaltungsakte müssen gerichtsüberprüfbar sein !  
(Schriftliche Aufzeichnungen - geordnete Ablage)
7. Der Genuß alkoholischer Getränke in den Amtsräumen ist ausdrücklich nicht gestattet. Gleiches gilt generell für eine Arbeit auch außer Haus.  
Das Rauchen in den Amtsräumen an Tagen mit Publikumsverkehr ist zu unterlassen. Bei mehreren Mitarbeitern in einem Raum ist die Zustimmung aller zum Rauchen erforderlich.

8. Bitte unterziehen sie sich hinsichtlich ihrer Verfügbarkeit im Hause folgender Anordnung:
- täglich erfolgt persönlicher Eintrag mit Zeitangaben über ihre Anwesenheit im Hause.  
Beurlaubungen an Sprechtagen gibt es nur in Ausnahmefällen.
  - Bei Verlassen des Hauses ist dies der Information bekannt zu machen, es erfolgt ein Eintrag über die Zeit der Abwesenheit. Bei längerer Abwesenheit ist eine mögliche Erreichbarkeit zu hinterlassen, Gründe dafür würden zu meiner Informiertheit beitragen.
  - Entgegengenommene Informationen für einen abwesenden Mitarbeiter eines Raumes sind schriftlich für ihn zu hinterlegen (Nachweiserfordernis)
  - Ich bitte, dienstliche Gespräche wegen der geringen Verfügbarkeit von Telefonleitungen möglichst kurz zu halten. Privatgespräche sind untersagt.
  - Nutzung des im Besitz der Gemeinde befindlichen Dienstfahrzeuges erfolgt nur über das Bürgermeisteramt und ist aus Sparsamkeitsgründen die Ausnahme.

### **Anfragen zu den Darlegungen**

Ich wiederhole hiermit nochmals mein Angebot:

Es läßt sich mit mir über alles sprechen, ich stehe ihnen zur Verfügung !

### **Mitteilungen an die Mitarbeiter im Rathaus**

1. Zunächst danke ich den Mitarbeitern, die an der Vorbereitung zur konstituierenden öffentlichen Sitzung in der Klausur zur BGM-Wahl beigetragen haben.  
Gleiches gilt für die zur Umgestaltung im Hause gezeigten Aktivitäten durch Mitarbeiter.
2. Frau Mohr wird zunächst im nächsten Zeitraum bis zu einer Entscheidung über ihre Bewerbung für eine Neueinstellung alle Koordinierungen in der Verwaltung, die im Zusammenhang mit meinem Amt stehen, wahrnehmen.
  - Sie ist Ansprechpartner, regelt Abstimmungen zwischen den Ressorts, Terminabsprachen, bis die vorgesehenen Ämter personell besetzt sind.
  - Sie wird von mir weiter zu Kaufabschlüssen bei der Umwandlung der blauen Nutzungsverträge beauftragt.
  - Sie unterstützt mich in der technischen und abgestimmten Vorbereitung von Beratungen.
3. Die Inanspruchnahme meiner Sekretärin, Frau Pfennig, für erforderliche Schreibarbeiten des Hauses wird über mich geregelt. Sie ist in der kommenden Zeit sehr stark mit der Abfassung von Protokollen über Verhandlungen und Gespräche in Anspruch genommen.
4. Ich erinnere Herrn Schmidt an den Termin zum 10. Juni zum Thema:  
" Plantechnische Unterlagen und Vorbereitung für die Sicherung der

## Entsorgung in der Gemeinde"

(Den Durchschlag des Entwurfes an den Amtsleiter Härtel /Umweltamt

5. Ich erinnere Frau Baumann an den Entwurf einer Mitteilung für den Freizeitmarkt in Hohen Neuendorf als Voraussetzung für eine Gebührenerhebung.  
Meine Bitte zur Übersicht über alle Gewerke des Ortes ist dringlich.
6. Die Amtsleiterin Finanzen stellt fest, ob die im März 1990 vom vorigen Übergangsparlament beschlossene "Luxussteuer" in der Kommune möglich ist.
7. Frau Nawroth erhält den Auftrag, Vorschläge für die Gestaltung der Information im und außer Haus zu erarbeiten.  
Des weiteren bitte ich sie, den Textentwurf zum Rad-Besuchs-Angebot von Herrn Duske für eine Veröffentlichung zu erarbeiten.
8. Frau Schünemann bitte ich, für den Gemeindevertretervorsteher Herrn Dr.Wegner und seinen Stellvertreter Herrn Engelhardt eine Aufstellung aller Abgeordneten mit Namen, Geburtsdatum und Anschrift anzufertigen.  
Die dazu erforderlichen Unterlagen bitte dann sofort an mich zurück.

Ich bitte alle gewählten Beigeordneten und Amtsleiter anschließend zu mir

Um 9.30 Uhr bitte die Mitarbeiter der Lohnbuchhaltung zu mir

Um 10.00 Uhr bitte Frau Baumann (Themenbesprechung Handwerk)

Um 11.00 Uhr Frau Mohr zur Arbeitsthemenabsprache und Besichtigung der im Hause befindlichen Räume der Polizei.

Die vorläufig mögliche Ämterordnung wird im Haus veröffentlicht.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit

f.d.R. zeichnet Günter Siebert